

Diskussionspapier

Forschungsgruppe
Naher/Mittlerer Osten und Afrika
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Julius Kirchenbauer

Eine schwierige Dreiecksbeziehung

Jordanisches Regime, Muslimbruderschaft und
palästinensische Hamas

Diskussionspapier der
FG 6, 2009/1, Januar 2009

Inhalt

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind
Arbeiten im Feld der For-
schungsgruppe, die nicht
als SWP-Papiere heraus-
gegeben werden. Dabei kann
es sich um Vorstudien zu
späteren SWP-Arbeiten
handeln oder um Arbeiten,
die woanders veröffentlicht
werden. Kritische Kommen-
tare sind den Autoren in
jedem Fall willkommen.

Regime, Muslimbruderschaft und Hamas	4
Symbiose der Hamas mit der Opposition	5
König Abdullah und die Islamisten	6
›Rule by law‹ auf jordanisch.....	6
Annäherung als Herrschaftssicherung	8
Fazit	9

Mitte 2008 hat das jordanische Regime politische Kontakte zur palästinensischen Widerstandsbewegung Hamas aufgenommen. Diese außenpolitische Initiative besitzt eine gewichtige innenpolitische Dimension. Während die Bedeutung der Gespräche für die Außenpolitik und insbesondere für den Nahost-Friedensprozess gering ist, haben sie innenpolitisch die Funktion, den Ausgleich mit der islamistisch dominierten Opposition wiederherzustellen. Die Annäherung des Palastes an die Opposition ist wichtig, um deren Radikalisierung zu verhindern und Kooperationsbereitschaft aufrechtzuerhalten – und somit mittel- und langfristig die Stabilität des politischen Systems zu garantieren. Angesichts der bedeutenden geostrategischen Lage Jordaniens ist dies auch für europäische Außenpolitik von großem Interesse.

Das jordanische Regime hat seit Juli 2008 mehrmals hochrangige Hamas-Gesandte nach Amman eingeladen. Unter der Leitung von Geheimdienstchef Muhammad al-Dhahabi berührten die Gespräche eine Vielzahl politischer Themen, darunter Sicherheitsfragen, die Situation in den Palästinensischen Gebieten und die Debatte über grundsätzliche Lösungsansätze des Nahostkonfliktes. Beide Seiten beschrieben die Treffen als konstruktiv und werteten die Wiederannäherung als prinzipiellen politischen Erfolg. Teilnehmer berichteten, die Verhandlungspartner hätten sich auf eine »taktische Allianz« verständigt, die die Grundlage für einen anhaltenden Dialog zwischen beiden Seiten bereiten würde.¹

Internationale Beobachter haben wiederholt über die außenpolitischen Gründe für die Annäherung des jordanischen Regimes an die Hamas spekuliert. Der verbreiteten Meinung ist zuzustimmen, dass das Regime mit der Annäherung der gewachsenen Bedeutung der Hamas in den Palästinensischen Gebieten Rechnung tragen wollte. Dadurch kann es sich regionalpolitisch neu positionieren und so seine Rolle als Moderator im Nahostkonflikt mittelfristig stärken. Auch die jüngsten militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas im Gaza-Streifen seit Dezember 2008 zeugen von der Bedeutung der Widerstandsbewegung. Die rechtzeitige Hinwendung

zur Hamas ist für Jordanien aber auch von innenpolitischer Relevanz.

Während die meisten Beobachter lediglich den außenpolitischen Motiven ihre Aufmerksamkeit schenken, wurden die wichtigen innenpolitischen Absichten der Initiative weithin außer Acht gelassen. Der Palast hat diese außenpolitische Initiative genutzt, um nach innen die eigene Macht zu stabilisieren.

Das jordanische Regime übt seine Herrschaft auf autoritäre Weise aus. Formal demokratisch anmutende Institutionen wie Wahlen, Parlament und Parteien sind lediglich Fassaden, die den Blick auf den autoritären Kern jordanischer Politik verstellen. Ein essentieller Aspekt dieser Politik ist der Umgang des Regimes mit der Opposition, deren dominanteste Strömung die Islamisten sind. Das Regime verwendet eine für Jordanien charakteristische Verbindung aus offener Konfrontation und selektiver Einbindung (Inklusion) gegenüber oppositionellen Akteuren. Der inklusive Aspekt jordanischer Politik ist dabei besonders wichtig und kann als Grund für die langjährige Stabilität des Regimes angesehen werden. Er beruht, vereinfacht gesprochen, auf einem politischen Geben und Nehmen zwischen Regime und Opposition. Dabei bindet das Regime oppositionelle Kräfte in die Politik ein und gesteht ihnen gewisse politische Spielräume zu. Die Opposition hat beispielsweise die Möglichkeit, im formalen Rahmen an der Politik teilzunehmen, vor allem durch Wahlen und Parlamentsarbeit. Sie kann in den Medien politische Fragen diskutieren; überdies haben Mitglieder der eingebundenen politischen Kräfte begrenzten Zugang zu staatlichen Ressourcen finanzieller und politischer Art oder zu Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung.

Andere politische Aspekte werden indes entweder formal oder unter Androhung von Repression tabuisiert. So liegen weite Bereiche der Gesetzgebung außerhalb der politischen Reichweite der Parlamentarier, insbesondere derjenigen der Opposition. Alle relevanten politischen Initiativen gehen vielmehr vom König bzw. vom Palast aus. Gleichzeitig ist es nicht möglich, den König oder dessen Familie öffentlich zu kritisieren oder deren traditionelle, islamische Legitimität in Frage zu stellen.²

¹ Vgl. u.a. »Hamas meets Jordanian official, says frozen ties starting to thaw«, in: *Haaretz.com*, 15.8.2008, <<http://haaretz.com/hasen/spages/1012132.html>> (eingesehen am 25.11.2008); »Hamas-Jordan meetings reportedly discuss tactical alliance«, in: *BBC Monitoring* (Middle East Political File), 27.10.2008

² Vgl. Mansoor Moaddel, *Jordanian Exceptionalism: A Comparative Analysis of State-Religion Relationships in Egypt, Iran, Jordan, and Syria*, New York 2002; Ellen Lust-Okar, »Divided They Rule. The Management and Manipulation of Political Opposition«, in: *Comparative Politics*, 36 (Januar 2003) 2, S. 159-179.

Vor dem Hintergrund dieser autoritären Regierungsweise ist auch die jüngste Annäherung des Regimes an die Hamas zu sehen. Insbesondere mit Blick auf die Dreiecksbeziehung zwischen Hamas, jordanischer Muslimbruderschaft und Regime können die innenpolitischen Implikationen dieser politischen Initiative verstanden werden.

Regime, Muslimbruderschaft und Hamas

Die grundsätzliche politische Schwierigkeit, die das Verhältnis zwischen Hamas und dem jordanischen Regime seit Jahren belastet, speist sich aus zwei Quellen. Zum einen steht die jordanische Friedenspolitik gegenüber Israel im Widerspruch zu den politischen Vorstellungen der Hamas. Zum anderen ist es die enge Verbindung der Hamas zur oppositionellen Muslimbruderschaft, die die Kontakte zum Regime verkompliziert. Die Beziehung zwischen Hamas und dem jordanischen Regime spiegelt demgemäß einerseits die jordanische Politik gegenüber Israel, andererseits die Beziehungen des Regimes zur Muslimbruderschaft wider.

Die jordanische Muslimbruderschaft wurde 1945 in Amman als Flügel der ägyptischen Bruderschaft gegründet und ist die wichtigste islamistische Organisation des Landes – seit 1992 flankiert von der Islamischen Aktionsfront (IAF), ihrem parteipolitischen Arm. Beide Organisationen zusammen werden in der Regel als islamistische Bewegung Jordaniens bezeichnet. Die Beziehungen der Islamisten zur Monarchie waren von Beginn an eng. Mitglieder der Bewegung erhielten Zugang zur Administration und staatlichen Ressourcen, sie konnten gleichzeitig Netzwerke sozialer Dienstleistungen aufbauen und die Muslimbruderschaft dadurch fest in der jordanischen Gesellschaft verankern. Die sozialen Dienstleistungen bilden das Rückgrat ihrer Arbeit und werden hauptsächlich von der Organisation des »Islamischen Zentrums« durchgeführt.

Im Gegenzug für diese Freiräume standen Muslimbruderschaft und IAF dem Palast in innen- wie außenpolitischen Krisen bei. Sie traten insbesondere immer wieder als Vermittler zwischen dem Regime und den Anliegen der palästinensischen Bevölkerungsteile des Königreichs auf, etwa im Rahmen der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen des Regimes mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im September 1970 oder bei den Unruhen im Süden Jordaniens 1996. Die Palästinenser stellen

die Bevölkerungsmehrheit im Königreich, werden aber im politischen und öffentlichen Leben diskriminiert. Bis heute gilt die islamistische Bewegung als Repräsentant der palästinensischen Bevölkerungsteile im politischen System, wenngleich der transjordanische Flügel innerhalb der Bewegung in den 1990er Jahren an Stärke gewinnen konnte.³

In den 1990er Jahren erschwerte die Präsenz der Hamas im Königreich das Verhältnis zwischen Bewegung und Regime. Die Hamas wurde 1987 durch palästinensische Muslimbrüder gegründet. Organisatorische und personelle Überschneidungen mit den jordanischen Islamisten ergaben sich gleichsam zwangsläufig. Auch ideologisch stehen sich die beiden Organisationen sehr nahe.

Ende 1990 traf die Hamas im Zusammenhang mit der irakischen Invasion Kuwaits die Entscheidung, ihr Auslandsbüro in die jordanische Hauptstadt Amman zu verlegen. Aufgrund der Irak-freundlichen Politik König Husseins waren zahlreiche in den Golfstaaten lebende jordanische Staatsbürger ausgewiesen worden – darunter auch Angehörige der Hamas-Führung. Jordanien nahm die Hamas bereitwillig auf und erlaubte ihr, dort politisch aktiv zu werden. Beide Seiten vereinbarten klare Umgangsregeln, Kommunikationskanäle und die Grenzen des vom Palast geduldeten politischen Engagements.⁴

Als Gründe für die positive Haltung gegenüber der Hamas können sowohl innen- als auch außenpolitische Faktoren angeführt werden. Angesichts der anstehenden Verhandlungsrunden zum Nahostkonflikt plante die jordanische Führung, die Hamas außenpolitisch als Gegengewicht sowohl zu Israel als auch zur PLO einzusetzen, der König Hussein seit den Ereignissen von 1970 mit großem Misstrauen begegnete. Die innenpolitische Lage hat die Öffnung gegenüber der Hamas allerdings erst ermöglicht: Die Kontakte des Regimes zur einheimischen islamistischen Bewegung waren zu diesem Zeitpunkt relativ gut. Durch die politische Öffnung, die König Hussein seit 1989 eingeleitet hatte, konnte die Bruderschaft weiter ins System

³ Vgl. Marion Boulby, *The Muslim Brotherhood and the Kings of Jordan, 1945–1993*, Atlanta, 1999; Iyad Barghouty, »The Islamists in Jordan and the Palestinian Occupied Territories«, in: Laura Guazzone (Hg.), *The Islamist Dilemma: The Political Role of Islamist Movements in the Contemporary Arab World*, Reading 1995, S. 129–159.

⁴ Vgl. Azzam Tamimi, *Hamas: Unwritten Chapters*, London 2007; Shmuel Bar, *The Muslim Brotherhood in Jordan*, Tel Aviv 1998; Lamis Andoni, »King Abdallah: In His Father's Footsteps?«, in: *Journal of Palestine Studies*, 29 (Frühjahr 2000) 3, S. 77–89.

eingebunden werden. Eine Gefahr oppositionellen Engagements der Hamas durch ihre Verbindung mit der Muslimbruderschaft wurde zu diesem Zeitpunkt deshalb als nicht groß eingeschätzt.

1994 kam es zum Abschluss eines Friedensabkommens zwischen Israel und Jordanien. Beide Seiten beschlossen, den Kriegszustand zu beenden und eine Normalisierung der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen anzustreben. Sowohl für die internationale Öffentlichkeit als auch für die jordanische Gesellschaft kam die Einigung überraschend. Während die Friedensverträge im Westen gelobt wurden, bildete sich in Jordanien bereits nach kurzer Zeit eine breite Oppositionsfront gegen die Normalisierung der Beziehungen zum westlichen Nachbarn. Die Muslimbruderschaft, die IAF und die islamistisch dominierten Berufsverbände übernahmen die Führung der »Anti-Normalisierungsfront«.⁵ Das führte zum Konflikt des Regimes mit der islamistischen Bewegung. Diese wurde fortan vom Regime als oppositionell angesehen und zunehmend mit staatlichen Eindämmungsmaßnahmen konfrontiert.

Symbiose der Hamas mit der Opposition

Gleichzeitig intensivierte sich die Verflechtung zwischen Hamas und der Muslimbruderschaft bzw. der IAF. Letztere setzte sich seit Mitte der 1990er Jahre nachdrücklich für die Belange der palästinensischstämmigen Jordanier ein und trat dabei zunehmend als innen- und lokalpolitischer Stellvertreter der Hamas auf. Kader der IAF ordneten sich der politischen Führerschaft der Hamas unter und stellten deren Agenda in den Mittelpunkt der IAF-Tätigkeiten. Mit Hilfe der IAF konnte die Hamas insbesondere in den palästinensischen Flüchtlingslagern weit reichende Netzwerke aufbauen und an politischem Einfluss gewinnen.

Die Symbiose zwischen Muslimbruderschaft/IAF und Hamas sorgte zum einen auf Seiten des Regimes für Verärgerung. Das Regime befürchtete einen Bedeutungszuwachs der islamistischen Bewegung, mithin der Opposition, unter der palästinensischen Bevölke-

rung. Die jordanischen Beziehungen zur Hamas verschlechterten sich erheblich.

Zum anderen führte die Verbindung zwischen Hamas und Muslimbruderschaft/IAF unter den Islamisten selbst zu Verstimmungen. Teile der Bewegung forderten eine Rückbesinnung auf ›transjordanische‹ Themen; insbesondere sollten sozio-ökonomische den regionalpolitischen – d.h. palästinensischen – Fragestellungen in der politischen Arbeit vorgezogen werden. Die innere Spaltung der Bewegung in einen Hamas-nahen ›palästinensischen Flügel‹ und einen ›transjordanischen Flügel‹, die sich Mitte der 1990er Jahre vollzog, ist bis heute ein entscheidendes Merkmal von Muslimbruderschaft und IAF. Das Regime nutzt die interne Zerstrittenheit der Islamisten immer wieder, um die Bewegung in ihrem Interesse zu manipulieren und die Flügel gegeneinander auszuspielen, etwa durch gezielte Beeinflussung der Entscheidungsfindungsprozesse innerhalb der Muslimbruderschaft oder durch staatliche Unterstützung bzw. Behinderung ausgewählter Kandidaten bei den Parlamentswahlen.⁶

Diese zweiseitige Verärgerung über die Hamas wirkte sich zu deren Nachteil aus. Ihre Tätigkeiten waren weit reichenden Behinderungen ausgesetzt, besonders von Seiten des jordanischen Geheimdienstes. Lediglich das missglückte Attentat des israelischen Geheimdienstes auf den Chef des Hamas-Politbüros, Khalid Mesh'al, im September 1997 in Amman sorgte für die kurzfristige Verbesserung der Kontakte zum Regime. Die jordanische Führung wertete das Attentat als politischen Affront von Seiten Israels sowie als Verletzung der im Friedensabkommen festgeschriebenen Sicherheitsbestimmungen. Die jordanische Position verlagerte sich in Folge des Attentats kurzfristig zugunsten der Hamas, deren in Israel inhaftierter Führer Scheich Yassin auf Betreiben König Husseins freigelassen wurde.⁷ Doch auch dieser Vorgang konnte den grundsätzlichen Konflikt zwischen beiden Seiten nicht ausräumen.

⁵ Vgl. Paul L. Scham und Russell E. Lucas »Normalization and ›Anti-Normalization‹ in Jordan: The Public Debate«, in: *Israel Affairs*, 9 (Frühjahr 2003) 3, S. 141–164; Danishai Kornbluth, »Jordan and the Anti-Normalization Campaign, 1994–2001«, in: *Terrorism and Political Violence*, 14 (Herbst 2002) 3, S. 80–108.

⁶ Vgl. Julius Kirchenbauer, »Wahlen als Sackgasse? Islamistische Ambitionen und autoritäre Eindämmung in Marokko und Jordanien«, in: Holger Albrecht/Kevin Köhler (Hg.), *Politischer Islam im Vorderen Orient. Zwischen Sozialbewegung, Opposition und politischem Widerstand*, Baden-Baden 2008, S. 119–140; Muhammad Abu Rumman, *The Muslim Brotherhood in the Jordanian Parliamentary Elections 2007: A Passing ›Political Setback‹ or Diminishing Popularity?*, Amman 2008.

⁷ Vgl. P. R. Kumaraswamy, »Israel, Jordan and the Masha'al Affair«, in: *Israel Affairs*, 9 (Spring 2003) 3, S. 111–128.

König Abdullah und die Islamisten

Zum Bruch kam es nach der Amtsübernahme König Abdullahs II. im Jahr 1999. Er beendete die Kontakte zur Hamas und verwies ihre Exilführung – inklusive der jordanischen Staatsbürger unter ihnen – des Landes. Auch diese Entscheidung fand vor dem Hintergrund innen- und außenpolitischer Überlegungen statt. Außenpolitisch stand dieser Schritt in einer Linie mit der ›Westorientierung‹, für die der neue König seit seinem Amtsantritt eingetreten ist. Der Abbruch der Kontakte zur Hamas und die gleichzeitig erfolgte Anerkennung der Palästinensischen Autorität (PA) als alleiniger Repräsentant der Palästinenser wurden vom Westen begrüßt und konnten die Position Jordaniens auf dem internationalen Parkett verbessern.

Schwerer dürften allerdings die innenpolitischen Argumente gewogen haben. Zwei Schwerpunkte, die die jordanische Politik seit 1999 geprägt haben, ließen sich mit der weiteren Präsenz der Hamas im Land nur schwer vereinen. Zum einen hat sich das Regime intensiv um die Schaffung einer jordanischen Nationalidentität bemüht. Die groß angelegte Kampagne ›Jordanien zuerst‹ (*al-Urdun awalan*) sowie die Errichtung von überdimensionierten Nationalflaggen in Amman und Aqaba sind bildhafter Ausdruck dieser nationalistischen Politik. Die Versuche der Hamas und der Muslimbruderschaft/IAF, die palästinensische Identität jordanischer Staatsbürger politisch zu mobilisieren, stand zu dieser Politik in grundsätzlichem Widerspruch und wurde vom Regime als ›illegal und unjordanisch‹ gebrandmarkt.

Die zweite Determinante jordanischer Politik seit 1999 war die Marginalisierung oppositioneller Stimmen. Das Regime ist seither mit Hilfe einer Mischung aus regulierenden Gesetzen, informeller Eindämmung und Repression scharf gegen oppositionelle Kräfte und insbesondere gegen Muslimbruderschaft und IAF vorgegangen. Die Befürchtung, dass die jordanische islamistische Bewegung und die Hamas gemeinsam als pro-palästinensische Opposition auftreten könnten, dürfte der zweite innenpolitische Grund für die Ausweisung der Hamas-Kader gewesen sein.

Somit verschlechterten sich auch die Beziehungen des Regimes zur Muslimbruderschaft seit der Amtsübernahme von König Abdullah II deutlich. In der Wahrnehmung des Königs wurde die Muslimbruderschaft zu einem Sicherheitsrisiko und so zu einer Gefahr für die Konsolidierung seiner Macht. Dementsprechend war es insbesondere die islamistische Be-

wegung, die von den Eindämmungsmaßnahmen gegen die Opposition betroffen war.

›Rule by law‹ auf jordanisch

Neben der Suspendierung des Parlaments von 2001 bis 2003 machten mehrere Gesetzesänderungen, die Verdrängung aus dem sozialen Bereich sowie anhaltende Medienkampagnen der Muslimbruderschaft und der IAF schwer zu schaffen.

Durch das Wahlgesetz und die regelmäßige Neuziehung der Wahlkreise werden palästinensisch dominierte Gebiete und oppositionelle Gruppen systematisch benachteiligt. Da das Parlament als zentraler Zugangspunkt zum Palast und als wichtige Patronage-, Verhandlungs- und Kontrollinstanz dient, kann das Regime durch das Wahlsystem unliebbaren gesellschaftlichen Kräften *a priori* politische Teilhabemöglichkeiten entziehen. So gingen bei den letzten Wahlen im November 2007 die meisten der 110 Mandate an regimetreue Vertreter aus Stammesgesellschaft und Wirtschaft. Als einziger oppositioneller Kraft gelang der IAF der Einzug ins Parlament. Deren Parlamentsvertretung stürzte allerdings von 17 Sitzen im Jahr 2003 auf 6 Sitze ab, sodass sich die Partei seither dort mit einer politischen Nebenrolle abfinden muss.

Die islamistische Opposition sieht im Wahlgesetz bereits seit 1993 den Hauptgrund für die politischen Probleme des Landes und hat daraufhin versucht, auf eine Wahlrechtsreform hinzuwirken. Nach nunmehr 15 Jahren vergeblicher Versuche hat sich erheblicher Unmut darüber breit gemacht, dass man nicht über die Mittel verfügt, eine Reform herbeizuführen.⁸

Das 2007/8 reformierte Parteiengesetz zielt in eine ähnliche Richtung, indem es die Legalität von Parteien an Bedingungen knüpft, die nur von einem kleinen Teil der strukturell schwachen Parteienlandschaft erfüllt werden können.

Das Versammlungsgesetz von 2003 (neueste Fassung Juni 2008) schränkt die Möglichkeit, öffentliche Veranstaltungen und Demonstrationen abzuhalten, beträchtlich ein. Alle Versammlungen, auf der ›Anglegenheiten von öffentlichem Interesse‹ (gemäß der Definition des Regimes) thematisiert werden, sind von

⁸ Vgl. Russell E. Lucas, *Institutions and the Politics of Survival in Jordan: Domestic Responses to External Challenges, 1988–2001*, Albany 2005; Ellen Lust-Okar, ›Elections under Authoritarianism: Preliminary Lessons from Jordan‹, in: *Democratization*, 13 (Juni 2006) 3, S. 456–471; Kirchenbauer, ›Wahlen als Sackgasse?‹ [wie Fn. 5].

der Zustimmung der Behörden abhängig. Diese können ohne Angabe von Gründen die Veranstaltungen ablehnen. Das Regime hat der überwiegenden Zahl der Anfragen von Seiten der Islamisten seither die notwendige Zustimmung verweigert.⁹ Ähnlich restriktiv ist das Pressegesetz gestaltet, das hohe Geld- und Haftstrafen für Journalisten vorsieht, die in ihren Äußerungen dem Ansehen politischer und (seit der Novelle von 2007) religiöser Autoritäten schaden oder dem »staatlichen Interesse« widersprechen. Das Regime nutzt die Interpretationsspielräume des Gesetzes regelmäßig, um kritische Stimmen aus den jordanischen Medien zu verdrängen.

Schließlich sind Vereins- und Gesellschaftsrecht zu nennen, die die Bildung von gesellschaftlichen und politischen Vereinigungen von zahlreichen Auflagen abhängig machen und straffer staatlicher Kontrolle unterwerfen. Unabhängige zivilgesellschaftliche Tätigkeit mit politischem Bezug wird dadurch gleichsam unmöglich gemacht.¹⁰

In engem Zusammenhang zur gesetzlichen Einschränkung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten steht ein weiterer Aspekt, der die Beziehungen zwischen Regime und Opposition stark belastet hat – die staatliche Übernahme des »Islamischen Zentrums« im Juli 2006. Auf der formalen Grundlage eines Verstoßes gegen die interne Satzung des Zentrums wurde das islamistische Präsidium der Organisation gegen eine regimetreue Übergangsführung ausgetauscht.¹¹ Der Vorgang stellte einen schweren Schlag für die islamistische Bewegung dar, für die die Aktivitäten im Rahmen des Zentrums seit Jahrzehnten ein wesentliches Standbein gebildet hatten. Das Zentrum führte seit 1966 die umfangreiche Wohltätigkeitsarbeit der Muslimbruderschaft durch. Es ist eine der größten nicht-staatlichen Institutionen im Land und unterhält unter anderem das renommierte Islamische Krankenhaus in Amman sowie ein Netzwerk von Bildungsein-

richtungen, das von Kindergärten und Grundschulen bis hin zu einer Universität in Zarqa reicht.¹²

Das Islamische Zentrum war – gemäß den Verhaltensregeln des Regimes – nicht politisch aktiv, doch war es zur Mittel- und Personalbeschaffung von größter Bedeutung. Die kostenpflichtigen Dienstleistungen, die im Rahmen des Islamischen Zentrums angeboten wurden, stellten die finanzielle Ausstattung der Muslimbruderschaft sicher. Durch die relativ gute Qualität der Angebote sowie durch die umfangreichen Sozialprogramme des Zentrums konnte sich die Muslimbruderschaft hohes Ansehen in der Bevölkerung erarbeiten. Gleichzeitig nutzt sie das Netzwerk des Zentrums, um politische Aktivisten zu werben und ihre islamistische Programmatik zu verbreiten.

Mit gutem Grund sahen viele Beobachter die staatliche Übernahme des Zentrums als Reaktion auf den Sieg der Hamas bei den palästinensischen Legislativratswahlen im Januar 2006. Den jordanischen Islamisten sollte klar gemacht werden, dass das Regime »palästinensische Zustände« nicht toleriere.

Schließlich sind die andauernden Medienkampagnen gegen die islamistische Bewegung zu nennen. Die staatlich gelenkten Medien benutzten insbesondere die Kontakte der Muslimbruderschaft zur Hamas, um Ängste gegenüber der Muslimbruderschaft zu schüren. In den Äußerungen des Regimes wurde die Hamas zunehmend als terroristische Organisation dargestellt. Dies fiel nun auch auf Muslimbruderschaft und IAF zurück. Dass der Hamas-nahe Flügel der Bewegung seit 2006 an Einfluss gewinnen konnte, heizte den medialen Konflikt weiter an. Die polarisierenden Spitzenfunktionäre sowohl von Muslimbruderschaft als auch von IAF, Hamam Sa'id und Zaki Sa'ad Bin Arshid, stammen aus diesem Teil der Bewegung. Aufsehen erregte etwa die Aufdeckung von Waffenfunden im Norden Jordaniens im April 2006. Nach Regierungsangaben wurden die Waffen auf Weisung der Hamas für Terroranschläge ins Land geschmuggelt. Sowohl die Hamas als auch die Muslimbruderschaft wiesen jegliche Verwicklung in den Zwischenfall entschieden von sich. Während der Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen schwer abzuschätzen ist, nutzte das Regime den Vorfall, um eine Medienkampagne gegen Muslimbrüder und IAF zu lancieren. Angesichts ihrer Nähe zur Hamas wurde nun auch die islamistische Bewegung Jordaniens in den Zusammenhang des Ter-

⁹ Vgl. etwa Human Rights Watch (Hg.), *Shutting Out the Critics. Restrictive Laws Used to Repress Civil Society in Jordan*, Dezember 2007, <<http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/jordan1207web.pdf>> (eingesehen am 24.11.2008); »Jordanian capital governor says no to rallies, marches without authorization«, in: *Jordan Times*, 23.2.2005.

¹⁰ Vgl. Quintan Wiktorowicz, *The Management of Islamic Activism: Salafis, the Muslim Brotherhood, and State Power in Jordan*, Albany 2001; Human Rights Watch, *Shutting Out the Critics* [wie Fn. 8]; Lucas, *Institutions and the Politics of Survival in Jordan* [wie Fn. 7];

¹¹ »Gov't appoints temporary board to run Islamic charity«, in: *Jordan Times*, 11.06.2006.

¹² Vgl. Janine A. Clark, *Islam, Charity, and Activism: Middle-Class Networks and Social Welfare in Egypt, Jordan, and Yemen*, Bloomington 2004.

rorismus gerückt.¹³ Dies wog besonders schwer, da einige Monate zuvor Selbstmordattentate des terroristischen Netzwerkes ›al-Qaida‹ das Land schwer erschütterten hatten. Diese hatten im November 2005 in Amman über 60 Todesopfer und über 100 Verwundete gefordert.¹⁴

Auch im Februar 2008 wurden mehrere Personen mit Kontakten zur Hamas und zur Muslimbruderschaft unter der Anschuldigung der Spionage und der Vorbereitung von Terroranschlägen festgenommen und vor ein Militärgericht gestellt.

Die zunehmende staatliche Repression, die die islamistische Opposition seit der Machtübernahme von König Abdullah erlebt hat, ließ die Frage nach dem weiteren Bestand des inklusiven Arrangements und dessen Vorteilen für die Islamisten aufkommen. Innerhalb der Bewegung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, wie mit dieser Situation umzugehen und ob eine weitere Teilnahme am formalen politischen Prozess und die Akzeptanz der Verhaltensformel für die Bewegung sinnvoll sei. Dies hatte eine Zersplitterung und beginnende Radikalisierung der Bruderschaft zur Folge, die in den zahlreichen internen Querelen seit 2006 ihren Ausdruck fand.

Annäherung als Herrschaftssicherung

Diese Entwicklung hat sich aus der Sicht des Regimes allerdings als problematisch erwiesen, da sie die Kooperationsbereitschaft der islamistischen Opposition erheblich reduzierte. Die lange Phase der Konfrontation seit 1999 hat die für die inklusive Herrschaftsweise so wichtigen oppositionellen Spielräume zugestellt und das inklusive System merklich beschädigt. Die Gespräche mit der Hamas stellen in diesem Sinne ein deutliches Entgegenkommen gegenüber der islamischen Opposition dar, die diesen Schritt seit langem gefordert hatte.

¹³ Vgl. David Schenker 2006: » Hamas Weapons in Jordan: Implications for Islamists on the East Bank«, in: *Washington Institute for Near East Policy: Policy Watch*, <<http://www.washingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=2463>> (eingesehen am 24.11.2008); Human Rights Watch, *Shutting Out the Critics* [wie Fn. 10], S. 29ff.

¹⁴ Vgl. International Crisis Group (Hg.), *Jordan's 9/11: Dealing with Jihadi-Islamism*, November 2005 (Middle East Report No. 47), <<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3801&l=1>> (eingesehen am 25.11.2008).

Durch die außenpolitische Annäherung an die Hamas hat das Regime eine interne Handhabe gefunden, diese Spielräume informell zurückzugeben, ohne die strukturell diskriminierende Gestalt des politischen Systems verändern zu müssen.

Angesichts der engen Verbindung zwischen Hamas und Muslimbruderschaft konnte das Regime durch die Annäherung an die Hamas ein zweifaches Signal an die islamistische Opposition im Land senden: erstens, dass es sich thematisch den von der Opposition mit Nachdruck verfolgten palästinensischen Anliegen annehmen werde und zweitens, dass das Regime nach Jahren der Repression bereit ist, den Dialog mit der islamistischen Bewegung wieder aufzunehmen.

Das Regime nutzte das politische Momentum der Hamas-Gespräche, um weitere Zugeständnisse gegenüber der Opposition umzusetzen. Zum ersten Mal seit geraumer Zeit haben hochrangige Regimepolitiker wieder direkten Kontakt zur islamistischen Bewegung aufgenommen. Mitglieder der IAF-Parlamentariergruppe trafen im November 2008 Vertreter des Geheimdienstes, um grundsätzliche politische Themen zu diskutieren.

Als direkte Folge dieser Gespräche kündigte die Regierung an, das offizielle Verfahren gegen das Islamische Zentrum einzustellen und die Schlüssel für deren Hauptquartier im Zentrum Ammans der Muslimbruderschaft zurückgeben zu wollen. Überdies hat die IAF im November 2008 offizielle Genehmigungen für Demonstrationen erhalten, mit welchen sie auf die humanitäre Lage im von der Hamas kontrollierten Gaza-Streifen aufmerksam machen wollte. Seit Beginn der militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und Hamas im Dezember 2008 haben sich die genehmigten IAF-Demonstrationen sogar verstetigt. Auch die negative Medienberichterstattung gegenüber den Islamisten hat seither nachgelassen; das Regime übte nach Presseberichten auch auf private Medien Druck aus, dieser Linie zu folgen. Außerdem wurden die seit Februar 2008 wegen Spionage verhafteten Mitglieder der islamistischen Bewegung unter Auflagen wieder freigelassen.¹⁵

¹⁵ Vgl. u.a. »Jordan ›reinforces‹ ties with Hamas, Muslim Brotherhood«, in: *BBC Monitoring* (Middle East Political File), 28.10.2008; Mohammad Ben Hussein, »Hundreds protest Gaza blockade«, in: *Jordan Times*, 20.11.2008; »Jordanian journalist blames Islamists for his dismissal«, in: *BBC Monitoring* (Middle East Political File), 26.10.2008; »Jordan Islamic Movement denies internal disagreements over Hamas-Jordan talks«, in: *BBC Monitoring* (Middle East Political File), 25.9.2008; Carsten

Die vorsichtige Annäherung des Regimes an Hamas und Muslimbruderschaft ist grundsätzlich darauf angelegt, eine weitere Radikalisierung und Zersplitterung der islamistischen Opposition zu verhindern. Auf diese Weise will das Regime sicherstellen, dass das inklusive Herrschaftssystem mittel- und langfristig aufrechterhalten wird. Aus dieser Perspektive lassen sich bereits erste Erfolge der Annäherung erkennen:

Auf der Seite der islamistischen Opposition ist festzustellen, dass die Signale des Regimes mit Wohlwollen gesehen werden. Führungskräfte von Muslimbruderschaft und IAF werden nicht müde, die Bemühungen der Regierung zu loben. Gleichzeitig sind mit Beginn des Dialogs mit der Hamas auch die internen Querelen innerhalb der islamistischen Bewegung abgeflaut. Laufende Parteiausschlussverfahren wurden aufgehoben; Vertreter der zerstrittenen Hamas-nahen und transjordanischen Flügel der Bewegung haben sich auf eine Beilegung ihrer Konflikte verständigt.¹⁶

Fazit

Die Annäherung des jordanischen Regimes an die Hamas und an die Muslimbruderschaft veranschaulicht die Verbindung zwischen Außenpolitik und autoritärer Herrschaftssicherung nach innen. Diese ist ein Hauptimpetus jordanischer Politik und essentiell für deren Verständnis.

Die Gespräche mit der Hamas sind aus innenpolitischer Sicht eine Reaktion auf die Krise der inklusiven Politik der Haschemiten. Die jordanische Art der autoritären Herrschaftssicherung ist traditionell auf begrenzte Einbindung, Kooptation und Ausgleich angelegt. Die verstärkte Eindämmung der letzten Jahre, die insbesondere auf gesetzlichem Wege erfolgte, hat wichtige Spielräume für die Opposition verschwinden lassen. Die islamistische Bewegung Jordaniens, die trotz ihrer oppositionellen Haltung als ein ins System eingebundener Partner des Regimes gelten kann, war davon am meisten betroffen. Das informelle Entgegenkommen gegenüber Hamas und Muslimbruderschaft zum jetzigen Zeitpunkt zeigt das Interesse des jordanischen Regimes, die Oppositionskräfte vom

Mehrwert einer partizipativen und daher systemstabilisierenden Politik zu überzeugen. Dies ist insbesondere in Zeiten regionaler Krisen wichtig. Der autoritäre Charakter des jordanischen Regimes wird sich durch diese Politik allerdings nicht verändern.

Kühntopp, »Annäherung an die Islamisten«, in: *tagesschau.de*, 10.1.2009, <<http://www.tagesschau.de/ausland/jordanien102.html>> (eingesehen am 10.1.2009).

¹⁶ Vgl. etwa »Jordan Muslim Brotherhood says return of conflict within ranks ›unlikely«, in: *BBC Monitoring* (Middle East Political File), 15.11.2008.